



EINSTWEILIGE VERFÜGUNG

RECHTSSACHE:

Klagende Partei

Anton Adzhiev
p.A. Ruggenthaler, Rest & Borsky
Rechtsanwälte OG, Biberstraße 22/2
1010 Wien

vertreten durch

Ruggenthaler, Rest & Borsky Rechtsanwälte
OG

Biberstraße 22/2

1010 Wien

512 92 74

Tel.: + 43 1 5129274, Fax: + 43 1 5122368

Firmenbuchnummer 372219g

(Zeichen: adzhiev/bz-kredit)

Beklagte Partei

bz Wiener Bezirkszeitung GmbH
Am Belvedere 10 / Top 5
1100 Wien

Wegen:

§ 1330 Abs 1 und 2 ABGB (Streitwert EUR 21.000,00)

1. Zur Sicherung des Anspruches der klagenden Partei wider die beklagte Partei auf Unterlassung der Aufstellung und/oder Verbreitung ehrenrühriger und/oder unwahrer kreditschädigender Äußerungen wird der beklagten Partei geboten, ab sofort die Aufstellung und/oder Verbreitung der unwahren Behauptungen zu unterlassen,

- die klagende Partei stehe als Eigentümer der internationalen Finanzorganisation Blesavaris Group unter Verdacht, Finanzverbrechen und Betrugsfälle in Europa und USA begangen zu haben, weshalb das US-Finanzministerium Untersuchungen eingeleitet habe;

- die von der klagenden Partei begangenen Straftaten seien vergleichbar mit den Taten, die der TGR Group vorgeworfen wurden, über die nach Ermittlungen des US – Finanzministeriums im Jahr 2024 internationale Sanktionen verhängt wurde, die dem Kläger nunmehr auch drohen würden.

Die einstweilige Verfügung wird bis zur Rechtskraft des über die Unterlassungsklage ergehenden Urteils erlassen.

2. Die klagende und gefährdete Partei hat ihre Kosten des Provisorialverfahrens vorläufig, die beklagte Partei und Gegnerin der gefährdeten Partei hat ihre eigenen Kosten endgültig selbst zu tragen.

Begründung:

Der Kläger ist Unternehmer. Er ist unter anderem Eigentümer der international tätigen Finanzorganisation Blesavaris LLC mit Sitz in Dubai und mehreren Niederlassungen weltweit. Der Kläger ist russischer und ukrainischer Staatsbürger, der seit einigen Monaten in Österreich wohnhaft ist.

Die Beklagte ist Medieninhaberin der Webseite www.meinbezirk.at für das Bundesland Wien, abrufbar unter der URL <https://www.meinbezirk.at/wien/>.

Von 28.04.2025 bis 3.9.2025 war auf der Webseite der Beklagten unter dem Link https://www.meinbezirk.at/wien/c-regionauten-community/oesterreich-muss-staerker-gegen-geldwaesche-vorgehen_a7285896 der Artikel „Österreich muss stärker gegen Geldwäsche vorgehen“ abrufbar und lautete auszugsweise wie folgt:

„Mehrere ukrainische Medien berichteten unter Berufung auf eine europäische Publikation über die mögliche Einleitung einer Untersuchung des US- Finanzministeriums gegen die in Wien gegründete und in Dubai (VAE) registrierte internationale Finanzorganisation Blesavaris Group mit Niederlassungen in der Ukraine, Weißrussland, Kirgisistan, Georgien und Armenien. Den veröffentlichten Informationen zufolge sind die Eigentümer der Organisation der ukrainische und russische Staatsbürger Anton Adzhiev sowie der belarussische und russische Staatsbürger Valery Mazurov. Es wird darauf hingewiesen, dass das US-Finanzministerium derzeit die mögliche Verwicklung dieser Personen und der zur Blesavaris Group gehörenden Unternehmen in Finanzverbrechen und Betrugsfälle in Europa und den USA untersucht, darunter auch solche mit Kryptowährungen. Auf der offiziellen Website der Blesavaris Group wird angegeben, dass sich der österreichische Sitz dieser Organisation in Baden am Theaterplatz 4. im Gebäude gegenüber dem Stadttheater, befindet.

Medienberichten zufolge führte das US-Finanzministerium im Jahr 2024 ähnliche Ermittlungen gegen das internationale Firmen- und Personennetzwerk der TGR Group durch. Der Eigentümer ist ein weiterer ukrainischer Staatsbürger, George Rossi. Er und die mit ihm verbundenen Russen Elena Chirkinyan, Hadzhi-Murat Magomedova, Nikita Krasnov und der Lette Andrejs Bradens wurden der Geldwäsche, des illegalen Umtauschs von Bargeld in Kryptowährungen und der Erbringung von Dienstleistungen zur Verschleierung von Einkommensquellen verdächtigt. Als Ergebnis der Ermittlungen verhängte das US-Finanzministerium Sanktionen gegen die genannten Personen sowie gegen Unternehmen,

die mit der TGR Group in Verbindung stehen: TGR Partners (Moskau), TGR Corporate Concierge (Großbritannien), TGR DWC-LLC (VAE), Siam Expert (Thailand) und Pullman Global Solutions (USA).

[...] Österreich hat sich mit einer ausgewogenen Regierungsstrategie das Image eines wirtschaftlich stabilen und investitionssicheren Landes erworben. Im Interesse des Wohlstandes der österreichischen Bürger ist es daher wichtig, diese Errungenschaften zu bewahren. Aus diesem Grund gibt der Fall einer möglichen Untersuchung des US-Finanzministeriums gegen die Blesavaris Group Anlass zur Besorgnis. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil unter den möglichen Finanzdelikten auch Straftaten im Zusammenhang mit Kryptowährungen aufgeführt sind.

Zum Hintergrund: Österreich ist eines der führenden Länder in Europa bei der Legalisierung und dem Umgang mit Krypto-Assets

[...] Im Februar 2025 nahm der Staatliche Dienst für die Bekämpfung der Geldwäsche (GSFR) des Finanzministeriums von Kirgisistan 22 Kryptowährungsunternehmen in die Liste der Organisationen auf, gegen die Hinweise auf Beteiligung an der Geldwäsche von Erträgen aus Straftaten vorliegen. Der GSFR untersagte diesen Unternehmen die Zusammenarbeit mit Banken und Nicht-Finanzorganisationen. Allerdings wurden 20 Organisationen später wieder von der Verbotsliste gestrichen. Am Beispiel der beiden führenden Krypto-Asset-Länder, Österreich in Europa und Kirgisistan in Zentralasien, zeigt sich also, dass der Fortschritt bei Kryptowährungen gleichzeitig die Risiken für Finanzkriminalität erhöht. Sollte das US-Finanzministerium Ermittlungen gegen die Blesavaris Group und ihre Eigentümer einleiten, werden beide Länder gezwungen sein, die Position der amerikanischen Regulierungsbehörde zu berücksichtigen, deren Einfluss auf das globale Finanzsystem erheblich ist.

Für Österreich ist dies besonders wichtig, da das Land nicht nur in Europa, sondern weltweit einen guten Ruf genießt. Es ist wichtig zu zeigen, dass auf dem österreichischen Finanzmarkt nur Unternehmen tätig sein können, die die Spielregeln der nationalen und europäischen Gesetzgebung anerkennen. Dies gilt insbesondere für den Kryptowährungsmarkt, der sich in den letzten Jahren zu einem mächtigen Instrument zur Geldwäsche entwickelt hat. Daher sollten die österreichischen Strafverfolgungsbehörden wahrscheinlich die Ermittlungen gegen Unternehmen unterstützen, die illegale Aktivitäten auf den Finanzmärkten betreiben, wenn diese vom US-Finanzministerium geführt werden.“

Der Kläger hat zu 111 Hv 88/25m beim Landesgericht für Strafsachen Wien einen Antrag auf Entschädigung nach § 6 MedienG iVm § 8a leg cit eingebracht. Dieser Antrag richtet sich gegen die hier Beklagte als dort Antragsgegnerin und wurde samt Aufforderung zur Stellungnahme der Beklagten am 03.09.2025 zugestellt.

Die Beklagte hat nach Zustellung des Entschädigungsantrages im Verfahren 111 Hv 88/25m veranlasst, dass der Zugang zum inkriminierten Beitrag gesperrt wurde und dieser nicht mehr abrufbar ist.

Der Kläger mahnte die Beklagte vor Einbringung des medienrechtlichen Entschädigungsantrags und der ggst. Klage samt Sicherungsantrag weder ab, noch forderte er diese zur Löschung oder Offlinenahme des beanstandeten Beitrags auf.

Die klagende und gefährdete Partei, in der Folge als Klägerin bezeichnet, begehrte gestützt auf § 1330 Abs 1 und Abs 2 ABGB zur Sicherung ihres eingeklagten Unterlassungsanspruchs die Erlassung der inhaltsgleichen einstweiligen Verfügung im Hinblick auf die im Spruch genannten Äußerungen. Diese seien unwahr. Der Kläger sehe sich seit Monaten einer Kampagne von Falschinformation ausgesetzt, die ihm und seinen Unternehmen gezielt schaden solle. Die Informationen, die die Beklagte in ihrem Artikel verwende (insbesondere um den Konnex zum Kläger zu erreichen) stammten nicht aus offiziellen oder vertrauenswürdigen Quellen und seien von der Beklagten offensichtlich ungeprüft übernommen worden. Unrichtig sei vor allem, dass gegen den Kläger oder seine Unternehmensgruppe Blesavaris Group vom US-Finanzministerium oder irgendeiner anderen Behörde oder einem Gericht Untersuchungen eingeleitet worden seien und daher Sanktionen drohten. Die Behauptungen seien ehrenrührig und in höchstem Maße kreditschädigend für den Kläger.

Die Beklagte sei im Fall kein Host-Provider, der lediglich Speicherplatz zur Verfügung stelle, vielmehr behalte sie sich in ihren AGB (vgl. insbesondere Punkt 6.4) das Recht auf Löschen, Auswahl, Koordinierung, Anordnung und Erweiterung der Inhalte der Nutzer vor. Sie sei damit als Medieninhaberin der gesamten Website meinbezirk.at einzuordnen. Die vertragliche Ausgestaltung der Nutzungsbefugnis der Website www.meinbezirk.at für „externe Artikelverfasser“ habe keinen Einfluss auf Dritte wie den Kläger. Wesentlich sei, dass die Beklagte auch durch ihr äußeres Auftreten als Medieninhaberin der gesamten Website meinbezirk.at/wien, die die Inhalte Dritter (der „Nutzer“) in identer Form darstelle wie ihre eigenen, trotz der von ihr eröffneten technischen Möglichkeit zur Sofortveröffentlichung von dritten Inhalten für die gesamten Medieninhalte dieser Website unmittelbar hafte. Sie lädt externe Nutzer ein, Artikel auf ihrer Plattform zu veröffentlichen, um diese wie eigene Inhalte verwenden zu können und diese vor allem auch dauerhaft auf ihrer Website zu belassen .

Die Beklagte habe auch die nach § 6 Abs 2 Z 3a MedienG geforderte Sorgfaltspflicht nicht eingehalten: sie stelle die Artikel Dritter/„Nutzer“ für ihre Leser nicht wie externe Inhalte, sondern wie ihre eigenen Artikel dar. Die Überprüfung der Einhaltung der „gebotenen Sorgfalt“ iSd § 6 Abs 2 Z 3a MedienG sei nicht eingeschränkt auf die „Kontrolle fremder Inhalte und den Schutz Dritter vor diesen Inhalten“, sondern es sei eine Gesamtbetrachtung vorzunehmen.

Die Beklagte nehme es trotz aktiver Kenntnis dieser Problematik bewusst in Kauf, dass Artikel, die durch Dritte erstellt würden und auf der eigenen Seite wie eigene Artikel dargestellt würden, als redaktionelle Artikel wahrgenommen würden. Im Hinblick auf die nach § 6 Abs 2 Z 3a MedienG „gebotene Sorgfalt“ habe die Beklagte für fremde Inhalte, die sie wie eigene Inhalte darstelle, auch zu haften, sodass der Artikel wie ein eigener redaktioneller Artikel der Beklagten zu behandeln sei.

Die beklagte und Gegnerin der gefährdeten Partei beantragte die Einstweilige Verfügung abzuweisen und wendete im Wesentlichen ein, dass unabhängig davon, ob die inkriminierte Veröffentlichung zum Teil unwahre Tatsachenbehauptungen beinhalte, die geeignet wären, sich auf das wirtschaftliche Fortkommen des Klägers abträglich auszuwirken, hafte die Beklagte nicht nach § 1330 ABGB und auch nicht nach anderen Rechtsgrundlagen, weil

- der inkriminierte Beitrag von einem Dritten (User [„Regionaut“] Profilname: „Muhammad Saqib“) erstellt und unter dessen Account veröffentlicht worden sei,
- die Beklagte hinsichtlich des inkriminierten Beitrages dem Dritten (User [„Regionaut“] Profilname: „Muhammad Saqib“) im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Beiträgen lediglich Speicherplatz zur Verfügung gestellt habe und somit als Host Provider anzusehen sei; (vgl OGH in 4 Ob 140/14p [betreffend meinbezirk.at/wien])
- vor der zu Grunde liegenden Klagsführung keine Abmahnung gegen die Beklagte ausgesprochen worden sei;
- die Beklagten sofort nach Zustellung des Entschädigungsantrages im Verfahren 111 Hv 88/25m LGS Wien veranlasst hätten, dass der Zugang zum inkriminierten Beitrag gesperrt werde, sodass dieser nicht mehr aufrufbar sei und sich die Beklagte daher auf § 6 Abs 2 Z 3a MedienG (analog) berufen könne;
- es an der für den Unterlassungsanspruch erforderlichen Wiederholungsgefahr/ Erstbegehungsgefahr fehle.

Der Beklagten komme bezüglich des eingangs angeführten Portals für Wien die Funktion als Medieninhaber und Diensteanbieter gemäß § 3 Z 3 ECG zu. Die Beklagte stelle den registrierten Nutzern Speicherplatz zur Veröffentlichung von Beiträgen über das Portal MeinBezirk.at zur Verfügung (siehe Punkt 6.1. der ANB). Sie fungiere hinsichtlich der von den Nutzern eingestellten Inhalte als Hostprovider iSd Art 6 VO und nähme sonst keinen Einfluss. Eine allgemeine Überwachungspflicht treffe den Diensteanbieter nach Art 8 DSA (vormals § 18 Abs 1 ECG) und ständiger Rechtsprechung nicht. Nach Auffassung des Höchstgerichtes sei bei Host Providern angezeigt, sich bei der Beantwortung der Frage des Bestehens eines

auf § 1330 ABGB gestützten Unterlassungsanspruchs gegen den Hostprovider als (rein technischen) Verbreiter der von Dritten eingestellten Beiträge mit rechtsverletzendem Inhalt an der Entscheidung OGH SZ 64/36 und der Vorjudikatur zum Buchhändler und Betreiber eines Online-Archivs zu orientieren und dabei die Besonderheiten einer Veröffentlichung im Internet zu beachten (so ausdrücklich OGH 6 Ob 178/04a). Die Beklagte habe als Hostprovider nicht rechtswidrig gehandelt. Der inkriminierte Beitrag sei auch nicht offenkundig rechtswidrig gewesen und sei keineswegs augenscheinlich diffamierend.

Aufgrund der Einsichtnahme in die vorgelegten Urkunden die Beilagen .A bis .E und .1 bis .10 wird **folgender Sachverhalt** als bescheinigt angenommen:

Das Informationsangebot von MeinBezirk.at ist allgemein und unentgeltlich nach Maßgabe der Allgemeinen Nutzungsbedingungen (im Folgenden auch kurz ANB) für MeinBezirk.at zugänglich. Das Portal MeinBezirk.at umfasst neuen Bundesländerportale und ein Österreich-Portal. Auf dem Internetportal / den Bundesländerportalen von MeinBezirk.at (im Folgenden auch kurz: MeinBezirk.at) werden redaktionelle Beiträge aus den Bereichen Politik, Chronik, Sport, Wirtschaft, Kultur, Leute, Magazin, Veranstaltungen etc mit Fokus auf regionalen Bezug zum jeweiligen Bundesland und die in diesem Bundesland situierten Bezirke und Gemeinden veröffentlicht. (unbestritten)

Auf den Portalen von MeinBezirk.at publizieren nicht nur redaktionelle Mitarbeiter der jeweiligen Medieninhaber, sondern auch registrierten Nutzern, die als Regionauten bezeichnet werden, eigene Artikel, Fotos und Ähnliches. (unbestritten)

Die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Nutzung von MeinBezirk.at, Stand: September 2018, lauten auszugsweise wie folgt (Blg. .D):

1. ALLGEMEINES UND VERTRAGSPARTNER DES NUTZUNGSVERTRAGES:

1.1. Die Portale unter der URL MeinBezirk.at gewähren Nutzern die Möglichkeit, auf Beiträge und Inhalte aus den Bundesländern

Tirol (MeinBezirk.at/Tirol),

Salzburg (MeinBezirk.at/Salzburg),

Oberösterreich (MeinBezirk.at/Oberoesterreich),

Niederösterreich (MeinBezirk.at/Niederoesterreich),

Wien (MeinBezirk.at/Wien),

Burgenland (MeinBezirk.at/Burgenland),

Steiermark (MeinBezirk.at/Steiermark),

Kärnten (MeinBezirk.at/Kaernten sowie)

Vorarlberg (MeinBezirk.at/Vorarlberg)

zuzugreifen.

Jeder Beitrag/Inhalt ist einem Bundesland zugeordnet. Die jeweilige Bundeslandgesellschaft (im Folgenden: Betreiberin) ist Medieninhaberin der jeweiligen Bundesländerbereiche (vgl. die Offenlegungen betreffend die einzelnen Bundesländerseiten - MeinBezirk.at/Impressum).

Für Beiträge und Inhalte, die von Nutzern (=Regionauten) auf MeinBezirk.at veröffentlicht werden, stellt die Betreiberin den Nutzern lediglich Speicherplatz zur Verfügung (siehe auch Punkte 2.1. und 6.).

1.2. Diese Nutzungsbedingungen (im Folgenden auch: ANB) regeln das Rechtsverhältnis zwischen dem Nutzer und der Betreiberin betreffend die Nutzung der Online Portale unter den URL MeinBezirk.at jeweils samt, Unterrubriken und Galerien (im Folgenden: MeinBezirk.at). Wie die Betreiberin personenbezogene Daten der Nutzer von MeinBezirk.at nutzt, wird in der Datenschutzhinweisung von MeinBezirk.at festgehalten.

1.3. Der Vertrag zwischen dem Nutzer und der Betreiberin kommt mit der Registrierung durch den Nutzer oder sonst durch Nutzung des Onlineangebotes zustande. Einzeln und gemeinsam werden sämtliche Nutzungsmöglichkeiten oben genannter Onlineangebote durch den Nutzer in der Folge als „Services und Dienste“ bezeichnet.

[...]

1.7. Die unentgeltliche Bereitstellung von MeinBezirk.at und den damit den Nutzern zur Verfügung gestellten Services und Diensten (siehe dazu die Punkte 3.1. und 10.1.) basiert auf der Finanzierung durch Werbeeinnahmen. Für den Nutzer ist MeinBezirk.at ein kostenloser werbefinanzierter Dienst, der einerseits nicht personalisierte Werbung und andererseits - wenn der Nutzer dazu die Zustimmung erteilt hat - auch personalisierte Werbung bereitstellt. Dem Nutzer wird daher bei der Nutzung der Services und Dienste von MeinBezirk.at Werbung in der Form von Displaywerbung und audiovisueller Werbung eingeblendet, personalisierte Werbung aber nur dann, wenn der Nutzer dazu seine Zustimmung erteilt hat.

2 LEISTUNGSBESCHREIBUNG / DIENSTE:.

2.1 Die Betreiberin bietet

- Nutzern auf MeinBezirk.at eine technische Plattform zur Nutzung der von der Betreiberin auf MeinBezirk.at eingestellten Inhalte und Services sowie der von anderen Nutzern, insbesondere Regionauten, eingestellten Inhalte;
- registrierten Nutzern auf MeinBezirk.at insbesondere Regionauten, eine technische Plattform zum Einstellen, und/oder Veröffentlichen von Inhalten im Rahmen

publizistischer Tätigkeit sowie zur Nutzung der von

anderen Nutzern eingestellten Inhalte nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen. Die Betreiberin stellt dem Nutzer im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Inhalten durch den Nutzer lediglich Speicherplatz zur Verfügung, um seine Inhalte zu veröffentlichen und anderen Nutzern zugänglich zu machen und macht sich diese ausdrücklich nicht zu Eigen. Diese Nutzerinhalte als Drittinhalte werden auch entsprechend gesondert gekennzeichnet und werden durch die Betreiberin weder moderiert noch überprüft - siehe auch die Regelungen in Punkt 6.

Um unentgeltlich Beiträge auf MeinBezirk.at als Regionaut veröffentlichen zu können bedarf es der Registrierung und Erstellung eines Nutzer- Accounts und der Akzeptanz der AGB für MeinBezirk.at. Der Registrierungsprozess hinsichtlich des Nutzer-Accounts läuft standardisiert wie folgt ab: Über den Menüunterpunkt „Registrieren“ gelangt der Nutzer zur Registrierungsmaske (Blg../4). Dort werden folgende verpflichtend anzugebende Informationen den Nutzer betreffend abgefragt: Vorname, Nachname, Geschlecht, E-Mail-Adresse, Passwort samt Passwortwiederholung, Heimatort (Blg. /5).

Die Registrierung kann nur durchgeführt werden, wenn sich der Nutzer mit den ANB, auf deren Geltung hingewiesen wird und die über einen Link abrufbar sind, einverstanden erklärt (durch Setzen eines Häkchens) (Blg. /5). In diesen ist unter 6. **EINSTELLEN VON INHALTEN UND PFLICHTEN DES NUTZERS** folgendes geregelt (Blg. /D, ./4):

6.1. Jeder registrierte Nutzer hat verschiedenste Möglichkeiten, Inhalte, wie z.B. Texte, Bilder, Videos und Hyperlinks, die nicht gegen gesetzliche Vorschriften, dieser ANB und / oder das Ansehen der Betreiberin verstoßen, mit Hilfe der von der Betreiberin zur Verfügung gestellten Services und Diensten einzustellen und zu veröffentlichen. Die Betreiberin stellt dem Nutzer in diesem Zusammenhang lediglich Speicherplatz bzw. Tools zur Verfügung, um seine Inhalte zu veröffentlichen und anderen Nutzern zugänglich zu machen.

6.2. Die von Nutzern eingestellten Inhalte werden von der Betreiberin nicht geprüft und stellen nicht die Meinung der Betreiberin dar; die Betreiberin distanziert sich deshalb ausdrücklich von den Inhalten, die von den Nutzern eingestellt werden.

6.3. Die Betreiberin überprüft eingestellte Inhalte der registrierten Nutzer nur dann auf ihre Rechtmäßigkeit, Richtigkeit und Vollständigkeit, wenn sie auf diese Inhalte hingewiesen wird oder auf andere Weise davon Kenntnis erlangt, dass bestimmte Inhalte gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen und/oder die Rechte Dritter verletzen.

6.4. Die Betreiberin behält sich vor, Inhalte ohne Angabe von Gründen zu löschen oder den Zugang dazu zu sperren, insbesondere wenn Grund zur Annahme besteht, dass durch den

Beitrag eines Nutzers ein Gesetz verletzt oder gegen diese ANB verstoßen worden ist. Der Betreiberin stehen alle Rechte an der Auswahl, Koordinierung, Anordnung und Erweiterung der Inhalte zu.

Der Nutzer kann nach Veröffentlichung jederzeit die Änderung von ihm über seinen Nutzeraccount eingestellten Inhalte vornehmen oder die von ihm eingestellten Inhalte löschen, sodass diese nicht mehr öffentlich zugänglich sind. Die Betreiberin behält sich jedoch das Recht vor, die identifizierte oder identifizierbare Form des vom Nutzer geänderten oder gelöschten Nutzerbeitrags oder Kommentars unter Ausweis des Nutzernamens weiterhin für 42 Monate (und wenn ein gerichtliches oder behördliches Verfahren wegen des Inhaltes angestrengt wird, bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens) für Zwecke der Beweissicherung in nicht öffentlich zugänglicher Form zu speichern; Dies gilt insbesondere wenn Grund zur Annahme besteht, dass durch den Inhalt oder Kommentar ein Gesetz oder das Recht eines Dritten verletzt oder gegen diese ANB verstoßen worden ist.

6.5. Für den Inhalt eines vom Nutzer veröffentlichten Inhalts ist ausschließlich der Nutzer verantwortlich. Dies gilt insbesondere für die Wahrung von Persönlichkeitsrechten und für die Verarbeitung personenbezogener Daten anderer Personen durch den Nutzer im Zusammenhang mit der Nutzung der Services und Dienste von MeinBezirk.at und der Veröffentlichung von Text- und Bildbeiträgen.

6.6. Der Nutzer darf die Dienste nur sachgerecht nach Maßgabe dieses Vertrages und unter Beachtung des österreichischen Rechts nutzen. Insbesondere ist er verpflichtet,

(a) den Dienst nicht missbräuchlich zu nutzen, insbesondere keine rechts- oder sittenwidrigen Inhalte einzustellen oder auf solche Informationen und Beiträge durch Hyperlink zu verweisen, die gegen Rechte Dritter verstoßen oder rechtswidrig sind (z. B. Verstöße gegen Persönlichkeits-, Urheber-, Marken-, Wettbewerbsrecht sowie sonstige Rechte Dritter);

(b) den Dienst nicht zur Übermittlung von Inhalten zu nutzen, die beleidigenden oder verleumderischen Charakter haben oder mit denen nicht erweislich wahre Tatsachenbehauptungen über Dritte verbreitet werden, die dazu geeignet sind, Dritte verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen sowie Informationen, die geeignet sind, den Kredit eines anderen zu gefährden oder sonstige Nachteile für dessen Erwerb oder Fortkommen herbeizuführen;

(c) bei der Nutzung der Dienste und Services die gesetzlichen Bestimmungen und die Rechte Dritter zu wahren. Insbesondere ist es dem Nutzer untersagt, durch Nutzerbeiträge unrichtige und/oder kredit- schädigende und/oder sittenwidrige und/oder sonstige gesetzwidrige Inhalte zu veröffentlichen. Der Nutzer verpflichtet sich, die Ehre, Privatsphäre und Integrität anderer Menschen zu wahren. Er verpflichtet sich, keine Inhalte, Daten, Texte, Bilder, Dateien, Links,

Software oder sonstige Inhalte zu veröffentlichen, die gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufen, insbesondere rechtswidrig, schädigend, bedrohend, missbräuchlich, belästigend, verleumderisch, vulgär, obszön, hasserregend, rassistisch, sind, Dritten Schaden zufügen oder unrichtig sind;

In den AGB. werden die Nutzer in Punkt 6.7 verpflichtet, Ihre Daten korrekt anzugeben.

Die Beiträge der redaktionellen Mitarbeiter werden im Zuge der Veröffentlichung mit der Anmerkung „Redaktion“ unmittelbar oberhalb des jeweiligen Beitrags beim Verfasser versehen, jene von Dritten mit „Regionauten Community“ (Blg. .1 und .B). In beiden Fällen wird zudem der Name bzw Nutzernamen des Verfassers angezeigt. (unbestritten).

Von der Aufmachung und der optischen Gestaltung werden die Beiträge der Überschrift nach von der Beklagten wie u.a. folgt publiziert:

Gläubiger Geweihter?

Elch Emil "pilgerte" nun nach Sonntagberg

17. September 2025, 10:35 Uhr 99 % [Mehr anzeigen](#)



Redaktion
Stefanie Machtinger
[zu Favoriten](#) ⓘ



Österreich muss stärker gegen Geldwäsche vorgehen

Österreich muss stärker gegen Geldwäsche vorgehen

28. April 2025, 13:51 Uhr



Regionauten-Community
Muhammad Saqib
[zu Favoriten](#) ⓘ



Der inkriminierte Artikel wurde von einem bei der Beklagten registrierten Nutzer (Muhammad Saqib), der nicht der Redaktion der Beklagten angehört, erstellt und unter dessen Profil veröffentlicht. Unmittelbar rechts beim Beitrag im oberen Seitenbereich findet sich folgender Hinweis zum Beitragsverfasser: „Regionauten-Community“. Von der

Aufmachung her sah der Artikel wie folgt aus (Blg. ./1 und ./B):

 **MeinBezirk**

Österreich muss stärker gegen Geldwäsche vorgehen

Österreich muss stärker gegen Geldwäsche vorgehen

28. April 2025, 13:51 Uhr

Regionauten-Community
 Muhammad Saqib
 zu Favoriten 

 0
 





hochgeladen von Muhammad Saqib

Als Folge des seit vier Jahren andauernden Konflikts zwischen Russland und der Ukraine fließt viel Geld aus der Ukraine und Russland nach Österreich. Die österreichischen Behörden müssen auf diese Bedrohung reagieren, da letztendlich der Wohlstand der österreichischen Bürger gefährdet ist.

Mehrere ukrainische Medien berichteten unter Berufung auf eine europäische Publikation über die mögliche Einleitung einer Untersuchung des US-Finanzministeriums gegen die in Wien gegründete und in Dubai (VAE) registrierte internationale Finanzorganisation Blesavaris Group mit Niederlassungen in der Ukraine, Weißrussland, Kirgisistan, Georgien und

Armenien. Den veröffentlichten Informationen zufolge sind die Eigentümer der Organisation der ukrainische und russische Staatsbürger Anton Adzhiev sowie der belarussische und russische Staatsbürger Valery Mazurov. Es wird darauf hingewiesen, dass das US-Finanzministerium derzeit die mögliche Verwicklung dieser Personen und der zur Blesavaris Group gehörenden Unternehmen in Finanzverbrechen und Betrugsfälle in Europa und den USA untersucht, darunter auch solche mit Kryptowährungen. Auf der offiziellen Website der Blesavaris Group wird angegeben, dass sich der österreichische Sitz dieser Organisation in Baden am Theaterplatz 4. im Gebäude gegenüber dem Stadttheater, befindet.

Medienberichten zufolge führte das US-Finanzministerium im Jahr 2024 **ähnliche Ermittlungen** gegen das internationale Firmen- und Personen-Netzwerk der TGR Group durch. Der Eigentümer ist ein weiterer ukrainischer Staatsbürger, George Rossi. Er und die mit ihm verbundenen Russen Elena Chirkinyan, Hadzhi-Murat Magomedova, Nikita Krasnov und der Lette Andrejs Bradens wurden der Geldwäsche, des illegalen Umtauschs von Bargeld in Kryptowährungen und der Erbringung von Dienstleistungen zur Verschleierung von Einkommensquellen verdächtigt. Als Ergebnis der Ermittlungen verhängte das US-Finanzministerium Sanktionen gegen die genannten Personen sowie gegen Unternehmen, die mit der TGR Group in Verbindung stehen: TGR Partners (Moskau), TGR Corporate Concierge (Großbritannien), TGR DWC-LLC (VAE), Siam Expert (Thailand) und Pullman Global Solutions (USA).

Der Zustrom von Schwarzgeld aus dem Osten begann 2014 in Österreich. Besonders viel Geld kam aus der Ukraine. Laut Bundeskriminalamt wurden 2015 197 Ukrainer verdächtigt, 1.793 Bankgeschäfte mit Anzeichen von Geldwäsche getätigt zu haben. Im Jahr 2016 leitete die österreichische Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ein Strafverfahren wegen Geldwäsche durch die österreichische Meinel Bank ein. Nach Angaben des Einlagensicherungsfonds der Ukraine wurden zwischen 2014 Österreich hat sich mit einer ausgewogenen Regierungsstrategie das Image eines wirtschaftlich stabilen und investitionssicheren Landes erworben. Im Interesse des Wohlstandes der österreichischen Bürger ist es daher wichtig, diese Errungenschaften zu bewahren. Aus diesem Grund gibt der Fall einer möglichen Untersuchung des US-Finanzministeriums gegen die Blesavaris Group Anlass zur Besorgnis. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil unter den möglichen Finanzdelikten auch Straftaten im Zusammenhang mit Kryptowährungen aufgeführt sind.

Zum Hintergrund: Österreich ist eines der führenden Länder in Europa bei der Legalisierung und dem Umgang mit Krypto-Assets. Im Jahr 2021 hat es als erstes Land in Europa eine Steuer auf Gewinne aus dem Handel mit Kryptowährungen eingeführt. Ab 2022 werden Einkünfte aus Kryptowährungen, die österreichischen Staatsbürgern gehören, genauso besteuert wie Einkünfte aus Aktien, Anleihen und Investmentfonds, und ab 2024 wird in Österreich eine Steuer auf Krypto-Börsen eingeführt.

Gleichzeitig hat die Legalisierung von Kryptowährungen zu einem Anstieg der Finanzkriminalität im Land beigetragen. Bereits im Jahr 2020 berichtete die Finanzmarktaufsicht (FMA), dass zwei Drittel der Meldungen über Anlagebetrug in Österreich mit Krypto-Assets in Verbindung standen. Es wurde festgestellt, dass Betrüger ihre „Dienstleistungen“ aktiv in sozialen Netzwerken wie Facebook, WhatsApp, TikTok und Telegram beworben haben. Seitdem ist der österreichische Kryptowährungsmarkt stark gewachsen, weshalb die FMA strengere Regeln zur Bekämpfung von Finanzkriminalität für notwendig erachtet.

Die Untersuchung von Straftaten mit Krypto-Assets ist recht komplex, da die österreichischen Strafverfolgungsbehörden einen Großteil davon im Ausland in Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden anderer Länder durchführen müssen. Insbesondere in Kirgisistan, das in Zentralasien derzeit führend bei der Legalisierung digitaler Vermögenswerte ist. In diesem Land befindet sich übrigens auch eine der Filialen der Blesavaris Group.

Vor kurzem, am 17. April 2025, unterzeichnete der kirgisische Präsident Sadyr Dschaparow ein Gesetz, das die Einführung eines Pilotprojekts für den Prototyp einer digitalen Zentralbankwährung (CBDC) – den „digitalen Som“ – im Land vorsieht. Das Gesetz räumt der Nationalbank des Landes das Exklusivrecht ein, den digitalen Som auszugeben, seinen Umlauf zu regulieren und die entsprechende Betriebsplattform zu verwalten. Grundlage für die Legalisierung von Krypto-Assets in Kirgisistan

war die Verabschiedung des Grundgesetzes „Über virtuelle Vermögenswerte“ im Jahr 2022. Nach Angaben der Dienststelle für die Regulierung und Aufsicht des Finanzmarktes Kirgisistans wurden bis Ende 2024 im Land 137 Lizenzen an Anbieter von Dienstleistungen im Bereich virtueller Vermögenswerte vergeben, darunter 8 Börsen und 129 Wechselstuben. Außerdem wurden 8 Zertifikate an Betreiber industrieller Mining-Unternehmen ausgestellt.

Im Februar 2025 nahm der Staatliche Dienst für die Bekämpfung der Geldwäsche (GSFR) des Finanzministeriums von Kirgisistan 22 Kryptowährungsunternehmen in die Liste der Organisationen auf, gegen die Hinweise auf Beteiligung an der Geldwäsche von Erträgen aus Straftaten vorliegen. Der GSFR untersagte diesen Unternehmen die Zusammenarbeit mit Banken und Nicht-Finanzorganisationen. Allerdings wurden 20 Organisationen später wieder von der Verbotsliste gestrichen. Am Beispiel der beiden führenden Krypto-Asset-Länder, Österreich in Europa und Kirgisistan in Zentralasien, zeigt sich also, dass der Fortschritt bei Kryptowährungen gleichzeitig die Risiken für Finanzkriminalität erhöht. Sollte das US-Finanzministerium Ermittlungen gegen die Blesavaris Group und ihre Eigentümer einleiten, werden beide Länder gezwungen sein, die Position der amerikanischen Regulierungsbehörde zu berücksichtigen, deren Einfluss auf das globale Finanzsystem erheblich ist.

Für Österreich ist dies besonders wichtig, da das Land nicht nur in Europa, sondern weltweit einen guten Ruf genießt. Es ist wichtig zu zeigen, dass auf dem österreichischen Finanzmarkt nur Unternehmen tätig sein können, die die Spielregeln der nationalen und europäischen Gesetzgebung anerkennen. Dies gilt insbesondere für den Kryptowährungsmarkt, der sich in den letzten Jahren zu einem mächtigen Instrument zur Geldwäsche entwickelt hat. Daher sollten die österreichischen Strafverfolgungsbehörden wahrscheinlich die Ermittlungen gegen Unternehmen unterstützen, die illegale Aktivitäten auf den Finanzmärkten betreiben, wenn diese vom US-Finanzministerium geführt werden.

Im Jahr 2021 erkannte der Presserat aufgrund einer Lesermitteilung mit der Thematik von „Regionauten-Beiträgen“ in „meinbezirk.at/niederoesterreich „Bezirksblätter Niederösterreich“, dass der Artikel „PCR-Test: Tourismusbetrieb mit 4 falsch-positiven Ergebnissen“, erschienen am 11.08.2020 auf „meinbezirk.at/niederoesterreich“, gegen Punkt 3 des Ehrenkodex für die österreichische Presse (Unterscheidbarkeit) verstößt. Im Ergebnis wurde die unzureichende Kennzeichnung des Regionautenbeitrages als Userbeitrag, kritisiert: *„Auch wenn der Zusatz „Regionauten-Community“ beim Beitrag aufschien, lag aufgrund des einheitlichen Schriftbilds und Layouts keine ausreichende Abgrenzung von den redaktionellen Beiträgen vor.“* (Blg ./C)

Die Beklagte hat unmittelbar nach Zustellung der ersten Aufforderung (Zustellung im Verfahren 111 Hv 88/25m) veranlasst, dass der Zugang des Beitragsverfassers gesperrt wurde (Blg. ./9) und der Artikel am 3.9.2025 nach 11:22 Uhr nicht mehr abgerufen werden konnte, indem er von der Beklagten als Entwurf zurückgelegt wurde (Blg. ./10).

Der als bescheinigt angenommene Sachverhalt gründet sich auf die eingangs angeführten Bescheinigungsmittel sowie die nachstehende Würdigung:

Soweit sich Feststellungen auf den Inhalt unbedenklicher Urkunden stützen, wurden diese den jeweiligen Konstatierungen in Klammerausdrücken beigelegt. Auf Sachverhaltsebene wurde zudem kein substantiiert widerstreitendes Tatsachenvorbringen erstattet; Das widerstreitende Vorbringen bezog sich auf Rechtsfragen.

Unstrittig war neben dem Inhalt der AGB (ANB), dem dort beschriebenen Prozedere der Registrierung und Art der Beitragserstellung auch der Umstand, dass der inkriminierte Beitrag vom Nutzer Muhammad Saqib verfasst wurde. Nicht bestritten wurde, dass der Kläger die Beklagte nicht separat zur Löschung aufforderte.

Durch die vorgelegten Urkunden Beilagen ./7 bis ./10 ist auch bescheinigt, dass der Beitrag am 3.9.2025 von der Beklagten als Entwurf zurückgelegt wurde und nicht mehr abrufbar war. Dass der Kläger einen medienrechtlichen Strafantrag stellte blieb ebenso unbestritten wie die Behauptung der Beklagten unmittelbar nach Erhalt desselben am 3.9.2025 den inkriminierten Beitrag nicht mehr öffentlich abrufbar gehalten zu haben.

Rechtlich beurteilt sich dieser Sachverhalt wie folgt:

Die Beklagte wendet zusammengefasst ein, dass sie Hostprovider sei, vor der zu Grunde liegenden Klagsführung keine Abmahnung ausgesprochen worden sei und sie sofort nach Zustellung des Entschädigungsantrages im Verfahren 111 Hv 88/25m LGS Wien veranlasst habe, dass der Zugang zum inkriminierten Beitrag gesperrt werde, sodass dieser nicht mehr aufrufbar sei und sie daher auf § 6 Abs 2 Z 3a MedienG (analog) berufen könne.

Zur Frage ob die Beklagte als Host-Provider oder Medieninhaberin anzusehen ist:

Wie sich aus allen Tatbeständen des § 1 Abs 1 Z 8 MedienG – mit der einzigen Ausnahme des § 1 Abs 1 Z 8 lit a (zweite Variante) MedienG (Rz 53) – ergibt, insb aber aus dem Auffangtatbestand des § 1 Abs 1 Z 8 lit d MedienG (Rz 57), ist das maßgebliche Kriterium des Medieninhabers die Besorgung der „inhaltlichen Gestaltung“ des Mediums. Dieser Begriff erfasst nur jene Personen, denen „die inhaltliche und redaktionelle Letztverantwortung für die verbreiteten Inhalte zukommt“ (*Rami in Höpfel/Ratz, WK² MedienG § 1 Rz 47* (Stand

1.9.2024, rdb.at). Medieninhaber ist damit auch derjenige, der als Administrator einer Facebook-Seite die Letztverantwortung hat, der also die Möglichkeit hat, jeden Kommentar ganz zu löschen, für andere User unsichtbar zu machen und andere Kommentierende ganz zu sperren. Der Begriff der Besorgung der inhaltlichen Gestaltung ist weit zu verstehen.

Die Tätigkeit des Host-Providers beschränkt sich hingegen darauf, „von einem Nutzer eingegebene Informationen zu speichern“, gemeint sind damit die rein technische, automatisierte und passive Speicherung. Der Host-Provider stellt die Infrastruktur für die Verbreitung solcher Informationen zur Verfügung, ohne mit diesen Informationen in einem sachlichen Zusammenhang zu stehen oder inhaltlich darauf Einfluss zu nehmen (*Koukal in Berka/Heindl/Höhne/Koukal, Praxiskommentar MedienG⁴ § 1 Rz 30h*).

Da sich die Beklagte in ihren AGB (vgl. insbesondere Punkt 6.4) das Recht auf Löschen, Auswahl, Koordinierung, Anordnung und Erweiterung der Inhalte der Nutzer vorbehält, ist sie nicht als Host-Provider iSd § 16 ECG, sondern als Medieninhaberin der gesamten Website meinbezirk.at einzuordnen. Daran ändert auch Punkt 1.1 und 6.1. ihrer AGB nichts, weil es auf das faktische Verhalten der Beklagten und nicht auf ihre subjektive Definition ankommt. Die Beklagte lädt externe Nutzer ein, Artikel auf ihrer Plattform zu veröffentlichen, um diese wie eigene Inhalte verwenden zu können und diese vor allem auch dauerhaft auf ihrer Website zu belassen und behält sich die festgestellten Rechte vor. Dem Kläger ist zuzustimmen, dass die Beklagte als Medieninhaberin der Website Beiträge Dritter veröffentlicht, die sich weder in der inhaltlichen noch in der optischen Ausgestaltung von jenen ihrer eigenen Redakteure unterscheiden. Damit identifiziert sie sich mit den Beiträgen.

An der dargelegten Überzeugung ändert auch die von der Beklagten zitierte Rechtsprechung aus folgenden Gründen nichts:

Zu 4 Ob 140/14p:

Die Beklagte meint, dass ihre Qualifikation als Hostprovider für die von Regionauten veröffentlichten Bilder und Beiträge bereits vom OGH in der Entscheidung OGH 4 Ob 140/14p [betreffend meinbezirk.at/wien] bestätigt worden sei. *Denn die Tätigkeit unterscheide sich nach Auffassung der OGH nicht grundlegend vom Betreiben eines Diskussionsforums das auf jedenfalls unter § 16 ECG (bzw nur Art 6 VO DSA) falle.*

In der zitierten Entscheidung wurde von folgendem Sachverhalt ausgegangen: „Die Beklagte ermöglicht Dritten, Inhalte auf ihre Website hochzuladen und dort öffentlich zugänglich zu machen. Nach den Feststellungen sind die Dritten der Beklagten weder unterstellt, noch werden sie von ihr beaufsichtigt. Die Beklagte ist daher Hostprovider iSd § 16 ECG. Ihre

Tätigkeit unterscheidet sich nicht grundlegend vom Betreiben eines Diskussionsforums, das jedenfalls unter diese Bestimmung fällt.

Dieser Sachverhalt ist dem Anlassfall nicht vergleichbar:

Die Beklagte betreibt kein Diskussionsforum, sondern ein online-Medium. Sie behält sich in ihren AGB (vgl. insbesondere Punkt 6.4) das Recht auf Löschen, Auswahl, Koordinierung, Anordnung und Erweiterung der Inhalte der Nutzer (Regionauten) vor. Damit unterstellt sie diese Personen ihren Regeln und ihrer Aufsicht. Auch trägt die Beklagte die Letztverantwortung für die inhaltliche Gestaltung des Mediums. Dies ist mit der Stellung eines bloßen Host-Providers unvereinbar, weil ein solcher die von einem Nutzer eingegebene Informationen nur speichert (im Sinn einer rein technischen, automatisierten und passiven Speicherung), also bloß die Infrastruktur für die Verbreitung solcher Informationen zur Verfügung stellt, ohne mit diesen Informationen in einem sachlichen Zusammenhang zu stehen oder inhaltlich darauf Einfluss zu nehmen.

Zu 6 Ob 178/04a:

Der Beklagten nach sei für die Beurteilung, ob ihr rechtswidriges Verhalten zu unterstellen sei, nach der Auffassung des Höchstgerichtes bei Host Providern angezeigt, sich bei der Beantwortung der Frage des Bestehens eines auf § 1330 ABGB gestützten Unterlassungsanspruchs gegen den Hostprovider als (rein technischen) Verbreiter der von Dritten eingestellten Beiträge mit rechtsverletzendem Inhalt an der Entscheidung OGH SZ 64/36 und der Vorjudikatur zum Buchhändler und Betreiber eines Online-Archivs zu orientieren und dabei die Besonderheiten einer Veröffentlichung im Internet zu beachten (so ausdrücklich OGH 6 Ob 178/04a).

Gegenstand des Verfahrens 6 Ob 178/04a war eine Website mit einem „Gästebuch“, in dem Nutzer persönliche Beiträge und Kommentare direkt und online platzieren konnten. Im Gästebuch fand sich ein Hinweis der Beklagten, dass die im Gästebuch dargestellten Meinungen nicht zwingend die Ansichten der Beklagten widerspiegeln und sie sich vorbehalte, Einträge, deren Inhalt vom Betreiber der Website als extrem bedenklich oder stark rufschädigend angesehen werden, ohne Kommentar zu löschen. Der Betreiber der Website wurde als Host-Provider beurteilt, weil der Nutzer (=Gästebuch-Einträger) dem Host-Provider nicht untersteht und auch von ihm nicht beaufsichtigt wird (§ 16 Abs 2 ECG).

Auch dieser Sachverhalt ist mit einer online-Zeitung unter den Prämissen des vorliegenden Sachverhalts nicht vergleichbar. Ein Gästebuch unterliegt schon seiner Natur nach der Letztverantwortung des Eintragenden, nicht des Besitzers. Im Anlassfall lädt die Beklagte hingegen externe Nutzer (=Regionauten) ein, Artikel auf ihrer Plattform unter Unterwerfung unter ihre AGB zu veröffentlichen, um diese Artikel sodann wie eigene Inhalte verwenden zu

können und diese auch dauerhaft auf ihrer Website zu belassen, zumal diese Artikel für den durchschnittlichen Leser optisch nicht von redaktionellen Artikeln der Beklagten unterscheidbar sind.

Die Beklagte ist damit nicht bloßer Host-Provider und kann sich nicht auf die beschränkte Haftung eines solchen berufen. Die Beklagte haftet vielmehr für den Beitrag des Regionauten in ihrem Medium wie für die Beiträge ihrer eigenen Redakteure.

Zum Einwand der mangelnden Rechtswidrigkeit:

Die Beklagte wendet weiters ein, nicht rechtswidrig gehandelt zu haben, und beruft sich auf ihre Stellung als Host-Provider, der nur dann rechtswidrig handle, wenn er bei Bekanntwerden rechtswidriger Inhalte die entsprechenden Beiträge zu entfernen unterlässt und nicht in angemessener Zeit reagiert; solches könne der Beklagten nicht vorgeworfen werden. Auch sei der veröffentlichte Artikel nicht offenkundig rechtswidrig (§ 16 Abs 2 1 Z 2 ECG bzw Art 6 DSA).

Dieses Vorbringen geht schon deshalb ins Leere, weil die Beklagte – wie zuvor aufgezeigt – nicht bloßer Host-Provider ist. Deshalb ist auch das Argument, dass ein Unterlassungsanspruch gegen den Host-Provider eine Abmahnung voraussetze (die hier nicht vorliege), nicht zielführend. Weitere Ausführungen zum Haftungsprivileg eines Host-Providers sind daher überflüssig.

Die Beklagte haftet – wie zuvor ausgeführt - für den Beitrag des Regionauten in ihrem Medium wie für die Beiträge ihrer eigenen Redakteure.

Die Beklagte hat zudem auch sorgfaltswidrig gehandelt, so dass sie sich auch deswegen nicht auf § 6 Abs 2 Z 3a MedienG (analog) berufen kann: Sorgfaltswidrig handelt der Medieninhaber, der im Zusammenwirken mit einem Dritten rechtswidrige Inhalte online zugänglich macht oder der sich mit der anspruchsbegründenden Äußerung identifiziert, wobei gleiches auch für seine Mitarbeiter und Beauftragten gilt (*Berka in Berka/Heindl/Höhne/Koukal*, Praxiskommentar MedienG⁴ § 6 Rz 43a).

Das trifft dem festgestellten Sachverhalt auf die Beklagte zu:

Sie veröffentlicht als Medieninhaberin der Website meinbezirk.at Beiträge Dritter, die sich weder in der inhaltlichen noch in der optischen Ausgestaltung von jenen ihrer eigenen Redakteure unterscheiden. Die Beklagte identifiziert sich damit nicht nur klar mit diesen Beiträgen, sondern sie profitiert auch wirtschaftlich davon (vgl. Punkt 1.7 der AGB der Beklagte)

Zu 1330 ABGB:

Die gefährdete Partei beruft sich zur Begründung ihres Anspruches primär auf §§1330 Abs 1 und Abs 2 ABGB.

§ 1330 ABGB schützt die Ehre von Personen und ihren wirtschaftlichen Ruf in zwei unterschiedlichen Tatbeständen. § 1330 Abs 1 ABGB sieht Ersatzansprüche für durch Ehrenbeleidigungen verschuldete Vermögensschäden vor. Ehrenbeleidigungen entstehen vor allem aufgrund von herabsetzenden Bewertungen. Ehrenbeleidigung ist jedes der Ehre – verstanden als Personenwürde (§ 16 ABGB) – nahe tretende Verhalten, auch wenn es strafrechtlich nicht zu ahnden ist (RS0008984 ; RS0032008 [T1]). Es geht um die Einschätzung der Person durch ihre Umwelt, also um ihre soziale Wertstellung innerhalb der Gemeinschaft (6 Ob 162/17t). Es kommt darauf an, ob die Äußerung objektiv geeignet ist, ehrverletzend zu wirken und in concreto auch diese Wirkung gehabt hat (RS0028870 [T5]).

Hingegen schützt § 1330 Abs 2 ABGB den wirtschaftlichen Ruf, der durch die Verbreitung unwahrer Tatsachen geschädigt wird (vgl *Kissich in Kletečka/Schauer*, ABGB-ON).

Wesentlich für die Qualifikation einer Äußerung als Tatsachenbehauptung ist, ob sich ihr Bedeutungsinhalt auf einen Tatsachenkern zurückführen lässt, der einem Beweis zugänglich ist, sodass sie nicht nur subjektiv angenommen oder abgelehnt, sondern als richtig oder falsch beurteilt werden kann (zB 6 Ob 295/03f; 6 Ob 159/06k; 6 Ob 218/08i).

Die angesprochenen Verkehrskreise, Leser einer Bezirkszeitung, verstehen den von der Beklagten verfassten Artikel so, dass

- der Kläger als Eigentümer der internationalen Finanzorganisation Blesavaris Group im Verdacht steht, Finanzverbrechen und Betrugsfälle in Europa und USA begangen zu haben, weshalb das US-Finanzministerium Untersuchungen eingeleitet habe;
- die vom Kläger begangenen Straftaten vergleichbar mit den Taten seien, die der TGR Group vorgeworfen wurden, über die nach Ermittlungen des US – Finanzministeriums 10 von 16 24 Cg 44/25s im Jahr 2024 internationale Sanktionen verhängt wurde, die dem Kläger nunmehr auch drohen würden. Schon aus dem Titel „Österreich muss stärker gegen Geldwäsche vorgehen“ geht in Zusammenhang mit dem Bericht deutlich hervor, hervor, dass es sich um keine Verdachtsberichterstattung handelt, sondern es wird u.a. bezogen auf den Kläger, er gesetzwidrig gehandelt hat und Gegenstand von internationalen Ermittlungen und Sanktionen sein soll, gefordert, dass auch in Österreich gegen ihn vorgegangen werden soll.

Diese Äußerungen unterstellen dem Kläger unehrenhaftes und nicht nur gegen die guten Sitten verstoßenes sondern auch gesetzwidriges Verhalten.

Unwahr ist eine Äußerung dann, wenn ihr sachlicher Kern im Zeitpunkt der Äußerung nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt (RS0115694). Ob eine Tatsachenbehauptung unrichtig ist, darf nicht im Sinne einer rein objektiven Unrichtigkeit verstanden werden.

Ist eine Rufschädigung gleichzeitig Ehrenbeleidigung iSd § 1330 Abs 1 ABGB, so hat der

Betroffene bezüglich der Ansprüche nach Abs 2 nur die Tatsachenverbreitung zu beweisen, welche durch die Veröffentlichung des Artikels unstrittig erfolgte.

Die Richtigkeit der Tatsache (Wahrheitsbeweis) beziehungsweise das Fehlen der (objektiven beziehungsweise subjektiven) Vorwerfbarkeit der unrichtigen Verbreitung hat der Täter zu beweisen (RS0031798 [T1]), was im Fall unterblieb. Die Beklagte hat daher für die ihr zuzurechnenden inkriminierten unwahren rufschädigenden und ehrenbeleidigenden Äußerungen in ihrem Medium zu haften.

Die inkriminierten Tatsachenbehauptungen im Sinne des § 1330 Abs 2 ABGB sind zweifelsohne geeignet, den Erwerb (also die wirtschaftliche Lage) bzw. das Fortkommen (also die künftige wirtschaftliche Entwicklung) des Klägers zu gefährden.

Der verschuldensunabhängige Unterlassungsanspruch dient dazu, eine künftige Ehrverletzung oder Rufschädigung zu verhindern und setzt Wiederholungsgefahr voraus.

Zum Einwand, dass die Wiederholungsgefahr weggefallen wäre:

Nach der Rsp ist bei der Annahme von Wiederholungsgefahr „nicht engherzig“, sondern eher großzügig vorzugehen. (Kodek/Leupold in Wiebe/Kodek, UWG² § 14 Rz 14 (Stand 1.6.2025, rdb.at))

Wiederholungsgefahr ist auch schon bei einer einmaligen wettbewerbswidrigen Handlung anzunehmen, wenn nicht ausreichende Anhaltspunkte für eine Änderung der Willensrichtung vorliegen, welche eine neuerliche Verletzung ernstlich nicht mehr erwarten lassen. Verteidigt der Beklagte wie im Fall die Rechtsverletzung im Verfahren, indiziert dies zusammen mit dem begangenen Verstoß die Wiederholungsgefahr (Kodek/Leupold in Wiebe/Kodek, UWG² § 14 Rz 14/1 (Stand 1.6.2025, rdb.at)). Die Wiederholungsgefahr könnte nur verneint werden, wenn es geradezu ausgeschlossen wäre, dass die beanstandete Äußerung wieder veröffentlicht wird. Das ist gegenständlich nicht der Fall weil der Artikel von der Beklagten nicht gelöscht wurde sondern lediglich in den Bearbeitungsmodus gesetzt wurde und damit jederzeit wieder online gestellt werden könnte.

Reversible oder offenkundig nur auf Betreiben des Unterlassungsgläubigers oder aufgrund des Prozessdrucks erfolgende Beseitigungshandlungen vermögen die Wiederholungsgefahr hingegen nicht zu beseitigen. Daher wird durch die Entfernung des unzulässigen Inhalts von einer Website die Vermutung der Wiederholungsgefahr noch nicht beseitigt. (Kodek/Leupold in Wiebe/Kodek, UWG² § 14 Rz 23/1 (Stand 1.6.2025, rdb.at))

Zum Unterbleiben der Abmahnung:

Eine vorherige Abmahnung ist nicht notwendige Voraussetzung für den Unterlassungsanspruch, weil sich der Anspruch aus dem Gesetz selbst ergibt (*Kodek/Leupold* in *Wiebe/Kodek*, UWG² § 14 Rz 15 (Stand 1.6.2025, rdb.at))

Zum Einwand der Beklagten gegen die Fassung des Titels

Diese Einwände sind unbegründet, weil die beanstandeten Äußerungen, die sich die Beklagte durch die Gestaltung ihres Mediums zu Eigen gemacht hat, ihr direkt zuzurechnen sind.

Zu den Verfahrenskosten:

Einstweilige Verfügungen werden gemäß § 393 Abs 1 EO stets auf Kosten der antragstellenden Partei erlassen, unbeschadet eines ihr zustehenden Anspruchs auf Ersatz dieser Kosten.

Ein allfälliger Kostenersatzanspruch des Gegners der gefährdeten Partei richtet sich nach den Kostenersatzbestimmungen des Verfahrens in der Hauptsache.

Handelsgericht Wien, Abteilung 24
Wien, 22. Oktober 2025
Mag. Katharina Scherhauser, Richterin

Elektronische Ausfertigung
gemäß § 79 GOG